

Eindrücke einer Reise

Zur politischen Situation in West Papua

von Siegfried Zöllner

Im Mai und Juni 2002 war ich in West Papua. Als ich zurückkam, fand ich auf meinem Schreibtisch einen Artikel über West Papua mit dem Titel The Future may be Genocide vor (John Barr, Uniting Church Australia). Der Verfasser hatte wenige Wochen vor mir West Papua besucht. Viele seiner Gespräche und Informationen stimmten mit dem überein, was mir berichtet wurde und was ich selbst erlebte.

Auch bei mir hatte sich ein Gefühl der Sorge um die Menschen in den Vordergrund gedrängt. Der Artikel hat mit Recht weitgehende Beachtung gefunden, auch wenn die eine oder andere Einzelheit anders gedeutet werden mag. Im Rückblick komme ich zu derselben Schlussfolgerung, die Barr mit der Formulierung seines Titels zieht: Die Zukunft könnte Genozid sein.

Die politische Situation ist bestimmt von drei Themen: Erstens Umsetzung der Autonomie-Gesetze, zweitens Ergebnis der Untersuchung des Mordes an Theys Eluay, drittens Aktivitäten der *Laskar Jihad*.

Die Umsetzung der Autonomie-Gesetze

Das umstrittene Autonomie-Gesetz ist seit dem 1. Januar 2002 in Kraft, es fehlen aber noch viele Ausführungsbestimmungen, die so genannten *Peraturan Daerah* (PERDA), die vom Provinzparlament (DPRD) formuliert und beschlossen und wahrscheinlich in Jakarta genehmigt werden müssen. Zunächst einmal beinhaltet das Gesetz einen finanziellen Zuschuss zum Budget der Provinz unter dem Namen *Dana Otsus* in Höhe von 1,3 Billionen (ca. 160 Millionen Euro). 60 Prozent davon verbleiben bei der Provinz, 40 Prozent werden an die vierzehn Regierungsbezirke (*kabupaten*) verteilt. Von den 40 Prozent werden 200 Milliarden in bar ausgezahlt, der Rest muss für beantragte Projekte verwandt werden. Man ist dabei, das Geld zu verteilen.

Es werden große und kleine Projekte entworfen. Jeder Landkreis (*kecamatan*) soll aus der Barauszahlung etwa eine Milliarde Rupiah erhalten und damit lokale Projekte durchführen.

Die Provinzregierung möchte einen großen Teil des Geldes für Bildung ausgeben. Es wird davon geredet, dass Schul- und Studiengebühren der Regierungsschulen und -universitäten gestrichen werden sollen. Ich hörte, dass die Prüfungsgebühren (*ebtanas*) schon gestrichen seien. Doch das betrifft nicht die vielen privaten Bildungsinstitutionen, auch nicht (oder noch nicht) die kirchlichen Schulstiftungen.

Das Autonomiegesetz sieht die Errichtung eines »Rates des Papuavolkes«, des *Majelis Rakyat Papua* (MRP = Rat des Papuavolkes) vor. Dieser Rat ist eine Art zweite Kammer neben dem Provinzparlament und hat laut Gesetz beachtliche Kompetenz. Er kann alle Beschlüsse des Provinzparlaments mitgestalten oder auch ein Veto einlegen. Jeder *kabupaten* entsendet drei Personen, und zwar eine Frau, einen Religions- und einen Adatvertreter. In den Kirchen wird überlegt, wer in diesem Rat die Kirchen (Religionen) vertreten soll. Die Befürchtung ist jedoch groß, dass der Rat in seinen Entscheidungen nicht frei und der Manipulation durch die Regierung ausgesetzt ist. Von Biak wurde mir berichtet, dass hier die drei Vertreter für den MRP von der Regierung benannt wurden. Das kann natürlich nicht im Sinne des Gesetzes sein, aber es zeigt, wie schwierig es ist, Demokratie und Partizipation zu verwirklichen. Es zeigt auch, dass die Befürchtungen der Kritiker des Auto-

nomiegesetzes zu Recht bestehen. Die Papuabevölkerung erwartet überhaupt nichts von der besonderen Autonomie. Sie hält das Gesetz für einen weiteren Versuch der indonesischen Regierung, den wirklichen Problemen im Verhältnis zwischen Jakarta und den Papua aus dem Wege zu gehen.

Ergebnis der Untersuchung des Mordes an Theys Eluay

Am 10. November 2001 war der Vorsitzende des Präsidiums des Papuarates, Theys Eluay, ermordet worden. Sehr bald wurde klar, dass Soldaten der Eliteeinheit *Kopassus* in den Mordfall verwickelt waren. Im Februar dieses Jahres setzte die Präsidentin Megawati auf Druck des In- und Auslandes eine Nationale Untersuchungskommission (KPN) ein, die am 16. Mai in Jakarta ihr Ergebnis vorlegte: Der Mord war kein politischer Mord, sondern ein gewöhnlicher Kriminalfall, auch wenn *Kopassus*-Leute als Tätergruppe identifiziert wurden. Gegen dies Ergebnis wurde von Papuas überall im Land demonstriert. Das Provinzparlament (DPRD) setzte eine Sonderkommission (*pansus*) ein, die dann ebenfalls das Ergebnis ablehnte. Die Ablehnung seitens des DPRD basierte vor allem auf den Berichten von John Ibo und Phil Erari, die Mitglieder

Der Autor ist Pfarrer im Ruhestand und zurzeit Koordinator des West-Papua-Netzwerkes. Er lebte 13 Jahre in West Papua.

der Kommission (KPN) waren und sich bei den Abstimmungen innerhalb der KPN nicht durchsetzen konnten. Beide sind dann ausgeschieden und haben ihre Sicht des Untersuchungsergebnisses — Manipulation und Vertuschung der Fakten — durch Interviews in die Öffentlichkeit gebracht.

Das Provinzparlament entsandte eine Delegation nach Jakarta, das so genannte »Tim 16«, die von der Präsidentin empfangen wurde. Zum »Tim 16« gehörten auch Mitglieder des Präsidiums des Papuarates, u.a. Taha al Hamid (Sekretär des PDP) und Yorris Raweyai. Beide nahmen nicht am Empfang bei Megawati teil. Yorris Raweyai wurde vom Protokollchef der Präsidentin vom Empfang ausgeschlossen und daraufhin hat Taha al Hamid auch auf den Empfang verzichtet. Jetzt solle ein neuer Untersuchungsausschuss (KPP-HAM) gebildet werden, hieß es.

Ein wichtiger Zeuge im Mordfall Theys, Yeret Imowi, sollte von Kopassus-Leuten gelyncht werden. Er hatte gesehen und ausgesagt, dass der Fahrer von Theys, Ari Masoka, am Abend des Mordes von Kopassus-Leuten in der Kaserne geschlagen worden war und in einen anderen Raum gezerrt wurde. Danach ist Ari Masoka spurlos verschwunden. Am 10. Mai 2002 wurde auf Yeret Imowi geschossen, doch die Schüsse verfehlten ihn, der Täter wurde gefasst und als Kopassus-Sergant Yani identifiziert. Natürlich schweigt er sich über seine Auftragegeber aus. Man muss sich klar machen, dass das gesamte Kopassus-Personal von November 2001 abgezogen und ersetzt wurde. Sergeant Yani hat also seine Aufträge von den Kameraden der vorigen Einheit aus Jakarta erhalten. Er wurde nach Jakarta gebracht und ist dort mit den andern neun Kopassus-Leuten inhaftiert. Der Prozess gegen sie soll bald beginnen.

Aktivitäten der Laskar Jihad

Die Aktivitäten der *Laskar Jihad* sind in aller Munde. In Sorong gibt es offiziell das Büro der *Ahlu Sunnah Wal Jamaah*. Diese Gruppe

gilt als Dachorganisation für radikale Muslimgruppen, auch für die *Laskar Jihad*, die »Kämpfer des Heiligen Kriegs«. Ihre religiösen Aktivitäten sind in Indonesien legal (siehe *südostasien* 2/2002). Ca. 2000 bewaffnete Angehörige der *Laskar Jihad* haben in den Jahren 2000 und 2001 in den Konflikt auf den Molukken eingegriffen. Sie sind dort verantwortlich für Vertreibung von Christen aus ihren Dörfern, für Zwangsbeschneidungen von Christen und auch für die Ermordung von Christen.

Offiziell wird zugegeben, dass während der letzten sechs Monate mehrere hundert *Laskar-Jihad*-Angehörige nach West Papua eingewandert und in sieben Regierungs-



bezirken tätig sind: Merauke, Fakfak, Sorong, Manokwari, Biak, Jayapura und Wamena. (Berichte der *Jakarta Post* vom 12. April 2002 und *Inter Press Service* vom 15. April 2002.)

Sie wohnen oft in Moscheen, und sind gelegentlich erkennbar an ihren langen weißen Gewändern, die sie am Freitag zum Gebet tragen. Sie geben sich als Unterstützer der Islamischen Gemeinden aus. Während der Woche arbeiten sie oft unauffällig als Händler.

Solchen Gruppen sollen auch in kleinen Dörfern in der Umgebung Jayapuras wie in Depapre und Arso tätig sein. Es soll Moschee-Gemeinden geben, die diese Leute weggeschickt haben mit der Begrün-

dung, man wolle mit seinen christlichen Nachbarn in Frieden leben — also fürchtet man eine Fanatisierung oder Radikalisierung der Gemeinde seitens dieser kleinen Gruppen. In Wamena haben sie gut ausgestattete Kioske. In Sorong meldete die islamische Gemeinde acht oder neun Personen mit pakistanischen Pässen bei der Immigrationsbehörde an. Im Gespräch mit dem Beamten, der sich zurückhaltend zeigte und die Personen mit ihren Pässen selbst sehen wollte, sagte der Moschee-Vertreter: »Wollen Sie Krieg mit uns machen?« In Biak wurden islamische Gemeinden darüber informiert, dass eine Gruppe von fünf Personen Hausbesuche bei den Gemeindegliedern machen wird. Die Aktivitäten sind zurzeit noch religiöser Art (*dakwa* = Mission, Gemeindeaufbau), doch besteht die Befürchtung, dass die muslimischen Gemeinden fanatisiert und auf den Kampf gegen die »Ungläubigen« vorbereitet werden sollen. Es bestehen gelegentlich gute Kontakte der Kirchen zu den islamischen Führern der *Musyawah Ulama Indonesia* (MUI). Die MUI vertritt die traditionellen, nicht radikalen Muslimgemeinden. Diese haben selbst auch Sorge vor einer Radikalisierung durch »Gäste« von außen. In Biak hat der Vertreter des MUI den Kirchenführern im Gespräch mitgeteilt, dass es noch keine *Laskar Jihad*-Aktivitäten in Biak gibt.

In Fakfak sollen T-Shirts mit dem Bild Osamas verbreitet worden sein. Dort sei auch bei der Verhaftung eines Verdächtigen ein Video gefunden worden, das den Überfall von *Laskar Jihad*-Kämpfern auf ein christliches Dorf in den Molukken zeigt. Die *Jakarta Post* vom 12. und 18. April 2002 berichtet von weiteren Verhaftungen verdächtiger Personen wegen Waffenbesitzes.

Da jede Woche drei oder vier große Passagierschiffe aus Jakarta eintreffen, ist eine Kontrolle der Zuwanderung fast nicht möglich. Der Polizeipräsident sagte im Gespräch, dass die Polizei versuche, bei einlaufenden Schiffen die Personalausweise zu kontrollieren. Wer keinen besitze, werde zurück geschickt, heißt es. Doch wer einmal auf einem solchen Schiff gefahren ist, weiß, dass eine

solche Kontrolle äußerst schwierig ist. Aus Sorong wird berichtet, dass für militante Muslime gültige Personal- ausweise vorab hergestellt und den Betroffenen vor Verlassen des Schiffes ausgehändigt werden. Man geht allgemein davon aus, dass die *Laskar Jihad* von Kreisen aus den Behörden und dem Militär gedeckt und unterstützt wird. In einigen Fällen will man unter den langen weißen Gewändern Militärkleidung gesehen haben. Der Vizepräsident Hamzah Haz selbst soll diese und andere radikalen Gruppen unterstützen. Er hat immerhin den Führer der *Laskar Jihad*, Jafar Umar Thalib, in Jakarta im Gefängnis besucht! Das wurde in allen Zeitungen berichtet und z.T. sehr kritisch kommentiert. Offiziell erklärt die Polizei, dass sie keine Beweise für Aktivitäten der *Laskar Jihad* in West Papua hat.

Im Flugzeug erzählte mir meine Nachbarin, die aus Semarang/Java stammt, dass die *Laskar Jihad* einen Treueschwur leisten und blinden Gehorsam versprechen müssen. Danach ist ein Ausscheiden nicht mehr möglich, wer dennoch ausscheiden will, muss mit einer internen Todesstrafe rechnen. »Sie sind dumm und gefährlich«, sagte sie wörtlich.

In der Universitätsstadt Abepura bieten islamische Agenten den Studenten freie Studienaufenthalte auf Java an. Da das Studium teuer ist und bei den Studenten chronischer Geldmangel herrscht, ist die Versuchung groß, das Angebot anzunehmen. Ein Student, der das Angebot angenommen hatte, kam nach einigen Wochen zurück und berichtete, dass er in einem *Pesantren* den Koran in arabischer Sprache lernen musste und gezwungen war, am islamischen Gebetsleben teilzunehmen. Er konnte dies als Christ nicht mehr aushalten und kehrte zurück. Es gibt auch Übertritte von Studenten in Abepura zum Islam. Alle meine Gesprächspartner meinen, dass hier eine systematische Islamisierung stattfindet. Dies Ziel wird auch im Internet unter www.laskarjihad.or.id genannt. (vgl. den Bericht »Laskar Jihad is targeting Papua« von Elsham-Papua vom 12. März 2002.)

Ende Mai reisten einige religiöse Führer auf Empfehlung des Gouverneurs in Sachen *Laskar Jihad*

nach Jakarta (*Jakarta Post*, 18. April 2002)

Sie sollten einige Minister und möglicherweise die Präsidentin sprechen und auf ein Verbot der *Laskar Jihad* in Papua hinwirken. Offensichtlich war der Besuch schlecht vorbereitet, da einige Termine gar nicht zustandekamen, ebenso wenig ein Empfang durch die Präsidentin.

In Verbindung mit der *Laskar Jihad* wird viel über die so genannten *Barisan Merah Putih* gesprochen, die rot-weißen Milizen. Hier sind die Hinweise sehr deutlich. Es gibt Berichte und Dokumente (Namenslisten) über Gruppen in Wamena, Manokwari, Sorong und Fakfak. Die Mitglieder sind meistens arbeitslose Papua-Jugendliche, die gegen Bezahlung angeworben werden. An den genannten Orten soll es Trainingslager geben. Sie werden von Jakarta gesteuert, einer der Führer ist Yorris Raweyai. Zu den schriftlich festgelegten Strategien gehören »Missbrauch der Religion«, »Verdrehung von Fakten«, »Einsatz von Verrätern«, »Verbreitung von Gerüchten« — zum Beispiel einem Plan, »dass im September 2002 die Christen in Papua abgeschlachtet werden sollen«. Äußeres Ziel dieser Milizen ist der Verbleib Papuas bei Indonesien und die Bekämpfung des Separatismus. Methode und Strategie sind die Schaffung von blutigen horizontalen Konflikten in der Papuagesellschaft, die dem Militär gewaltsames Eingreifen ermöglichen. Ein Mitglied des Bezirksparlaments in Wamena (ein Nicht-Papua!) sah die Situation äußerst kritisch. Er meinte: »Das eigentliche Ziel der Muslime und der indonesischen Regierung ist das Abschlachten der Christen, d.h. der Papua.« Ähnlich äußerte sich auch der Vorsitzende des Provinzparlaments in Jayapura in einem Gespräch, bei dem ich anwesend war.

Laskar Jihad ist in Papua ein heißes Thema, es gibt viele Gerüchte, viele Ängste aber auch viele deutliche Hinweise.

Militärisierung

Die Polizei von Papua veröffentlichte in der Tageszeitung in Jayapura *Cenderawasih Pos* einen Bericht, nach dem angeblich Hochlandpapua planen, einige Polizei- oder Militärposten zu überfallen. Zwei Be-

teiligte wurden namentlich genannt, einer von ihnen, Benni Wenda, der Vorsitzende des Verbandes der Hochlandpapua, wurde verhaftet. (DEMAK = Dewan Masyarakat Koteka = (wörtlich:) Rat der Penishüllenträger. Die DEMAK gilt als militante Gruppe.)

Die Polizei behauptete, Beweise für diesen Plan zu haben — diese wurden aber nicht bekannt gegeben. In diesem Zusammenhang sagte Dr. Benny Giay: »Wir Hochlandpapua sind als Staatsfeinde abgestempelt!« Das Militär sucht immer einen Anlass, eingreifen zu können. In Jakarta wurde im Mai 2002 ein neuer Stabschef (KSAD) vereidigt, General Ryamizard Ryacudu. In seiner Einführungsrede soll er sinngemäß gesagt haben, mit Demonstranten werde in Zukunft kurzer Prozess gemacht. Er wurde so zitiert: »Ich halte mich an Gottes Gesetz: Der Gute (Wahre) kommt in den Himmel, der Böse fährt zur Hölle.« In einer Rede am 4. Juli 2002 vor Soldaten und Offizieren meinte er: »Habt keine Angst vor Vorwürfen, ihr würdet das Gesetz brechen oder Menschenrechtsverletzungen begehen. Wenn ihr Angst habt, dann werdet ihr irritiert und an eurer Pflichterfüllung gehindert sein.« (*Tempo Interaktiv*, 4. Juli 2002)

Der noch von Wahid eingesetzte Oberste Befehlshaber (*Panglima*), Widodo — ein Marinegeneral — musste vorzeitig gehen. Sein Nachfolger ist Endriartono Sutarto, wie sein Stabschef genießt er den Ruf eines Hardliners und eines Mannes der Suharto-Ära. Dies sind die Leute, die in Jakarta in den nächsten Jahren den Ton angeben. An einem Dialog mit den Papua besteht seitens Jakarta kein Interesse mehr. Wer die Einheit des Staates hinterfragt oder gar als »Seperatist« abgestempelt werden kann, ist Staatsfeind und hat kein Lebensrecht in Indonesien. Diese Staatsfeinde zu eliminieren ist die Pflicht des Militärs.

Kein Wunder, dass die Papua immer wieder fragen: Haben wir noch Lebensrecht in diesem Staat? Brauchen wir nicht einen eigenen Staat — einfach um zu überleben?